



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 130. Ratssitzung vom 29. Januar 2025

4248. 2024/301

Postulat von David Ondraschek (Die Mitte) und Benedikt Gerth (Die Mitte) vom 19.06.2024:

Veloabstellplatz in der Unterführung am Bahnhof Oerlikon, Installation von Videokameras zur Verhinderung und Aufklärung von Diebstählen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***David Ondraschek (Die Mitte)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3377/2024): In der Unterführung des Bahnhofs Oerlikon gibt es offizielle Veloabstellplätze auf zwei Etagen. Ich war erstaunt, als ich mein Velo, das ich in der oberen Etage angekettet hatte, dort nicht mehr vorfand. Die Gespräche mit der Polizei haben gezeigt, dass es sich bei Velodiebstahl um ein Massendelikt in der Stadt Zürich handelt. Das Hauptmotiv der Diebe ist es, einen fahrbaren Untersatz zu haben. Diebstahl durch Banden und Einzeltäter, die das Diebesgut zu Geld machen wollen, sind in der Minderheit. Gemäss Aussage eines Polizisten im Fundbüro am Hauptbahnhof haben sich die Diebstähle an einem Ort in der Nähe deutlich verringert. Mir ist es ein Anliegen, dass die Zürcherinnen und Zürcher an einem Ort, der zum Abstellen von Velos gedacht ist, nicht befürchten müssen, dass ihre Velos entwendet werden. Kameras sollen zum Einsatz kommen, um die Anzahl solcher Diebstähle zu reduzieren.*

***Serap Kahriman (GLP)** begründet den von Sven Sobernheim (GLP) namens der GLP-Fraktion am 3. Juli 2024 gestellten Ablehnungsantrag: Die Fraktion der GLP stellt den Ablehnungsantrag, weil wir die Meinung vertreten, dass Videoüberwachung nicht präventiv wirkt. Das Postulat kommt zudem zum falschen Zeitpunkt. Die Stadt hat den Auftrag, einheitliche Zutrittssysteme zu allen Velostationen zu bauen. Da eine lange Warteliste für die kostenpflichtigen Abstellplätze existiert, gehen wir davon aus, dass ein Ausbau stattfinden wird und künftig in der Unterführung keine kostenlosen Abstellplätze mehr angeboten werden. Das Postulat erübrigt sich deshalb in naher Zukunft.*

Weitere Wortmeldungen:

***Moritz Bögli (AL)**: Die AL wird den Vorstoss ablehnen. Vor einigen Monaten haben wir Datenschutzverordnungen erlassen, die klar definieren, wofür Videoüberwachungen erfolgen. Der Vorfall am Bahnhof Oerlikon ist nicht Grund genug, eine solche einzuführen.*



2 / 2

Martina Zürcher (FDP): Die FDP unterstützt den Vorstoss. Velodiebstähle rund um den Bahnhof Oerlikon stellen ein grosses Problem dar. Wie wir von Geschädigten, die ihr gestohlenen Velo mittels GPS-Tracker wiederfinden konnten, erfahren haben, hat sich die Polizei in mehreren Fällen aufgrund des Wiederauftauchens geweigert, eine Anzeige entgegenzunehmen. Dies verfälscht die Statistik. Im Unterschied zur GLP sind wir der Ansicht, dass eine Videoüberwachung eine präventive Wirkung hat.

Johann Widmer (SVP): Videokameras sind nun plötzlich gut und wirkungsvoll für euch. Ich erinnere mich an Diskussionen darüber, wie weit diese in den öffentlichen Raum filmen dürfen: Damals habt ihr massiv dagegen gekämpft. Der AL ist offenbar nicht wichtig, dass Velos gestohlen werden, denn sie wollen grundsätzlich keine Kameras.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Die Empirie zeigt, dass in Gebieten mit Videoüberwachung Diebstahl und andere Kriminalität deutlich zurückgeht, wobei sich diese einfach verlagert. Ob es deshalb sinnvoll ist, wie in England flächendeckend Kameras zu installieren, wollen wir heute nicht diskutieren. Aus Sicht des Datenschutzes sprechen für uns keine Argumente dagegen. Ihre Unterstützung heute ist ebenfalls Veloförderung.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Simone Brander: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, bedauert es jedoch nicht, wenn es abgelehnt wird. Grund ist die revidierte Datenschutzverordnung, die am 1. November 2024 in Kraft getreten ist. Die Voraussetzungen zur Videoüberwachung wurden darin massiv verschärft. Die aktuelle Verordnung verunmöglicht die Umsetzung des Postulats und müsste revidiert werden. Der Stadtrat würde das Anliegen natürlich prüfen, jedoch steht es im Widerspruch zu den letzten Entscheiden im Rat.

Das Postulat wird mit 41 gegen 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat